

Rote Klima Karte für Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner

Das Umweltbundesamt hat im März dieses Jahrs veröffentlicht, welche Sektoren ihre Klimaziele aus dem Klimaschutzgesetz für 2020 eingehalten haben. Die Landwirtschaft gehört dazu, und wisst ihr auch, warum? Ein Grund dafür ist die Trockenheit. Und diese wiederum ist eine Folge der Klimakrise. Denn wenn es zu wenig regnet, dann düngen viele Bäuerinnen und Bauern auch weniger, da sie Ernteverluste erwarten. So entstehen weniger mit der Dünung verbundenen Emissionen. Die Folgen der Klimakrise helfen, Klimaziele zu erreichen? Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner sagt: „Wir sind auf einem guten Weg“ – wir sagen: „ein deutliches Warnsignal!“

Ein zweiter wichtiger Faktor bei den Treibhausgasen sind die Emissionen aus der Tierhaltung. Auch diese sind in den letzten Jahren zurückgegangen. Aber nicht, weil Julia Klöckner eine funktionierende Strategie dazu vorgelegt hätte. Sondern weil die Erzeuger:innen-Preise für Milch und Fleisch ruinös sind – oft nicht einmal kostendeckend. Das heißt, wer jeden Morgen im Melkstand steht, zahlt oben drauf. Eine aktuelle Studie zeigt: Im Schnitt verdienen Milchbäuerinnen- und Bauern im Jahr 2019 ganze 2,63€ / Stunde. Viel zu viele Höfe schließen momentan für immer ihre Hoftore, weil sie Miese machen und es wirtschaftlich nicht mehr schaffen, ihre Höfe zu halten. Allein in den letzten vier Jahren gaben in Deutschland 10.000 Milchvieh-Betriebe auf, davon 2.000 letztes Jahr. Bei den Schweinebetrieben gaben in den letzten vier Jahren 4.000 Betriebe auf. Ja, wir müssen die Emissionen aus der Tierhaltung reduzieren und auch die Tierzahlen senken. Das muss aber mit den Betrieben zusammen gehen. Sie müssen eine Unterstützung bekommen, ihre Betriebe klima- und tierwohlgerecht umzustellen, es muss sich lohnen, weniger Tiere zu halten und sie brauchen faire Preise. Wir alle sind als Verbraucher:innen gefordert, klimaschädlichen Konsum wie bspw. tierischer Produkte oder Importlebensmittel zu reduzieren. Es ist nicht „der richtige Weg“, das Höfesterben einfach so hinzunehmen und so zu hoffen, dass wir unsere Klimaziele einhalten werden. Frau Klöckner hat in ihrer Amtszeit nichts dazu unternommen. Ein Beispiel sind die aktuellen Verhandlungen der Agrarsubventionen: Sie hat die von uns geforderte Verknüpfung der Subventionen an Gemeinwohl nicht voran gebracht. „Nichts tun“ ist keine Strategie, um die riesen Aufgabe Klimaschutz in der Landwirtschaft anzugehen.

Mit unserer Arbeit können und wollen wir Bäuerinnen und Bauern den gesellschaftlichen Ansprüchen gerecht werden. Wir können das Klima schützen, die Biodiversität fördern, die Luft reinhalten, Tiere auf der Weide und nach höchsten Tierwohlstandards halten und hochwertige Lebensmittel erzeugen. Dafür brauchen wir aber die richtigen politischen Rahmenbedingungen. Und hier kommt wieder Julia Klöckner ins Spiel. Wir fordern sie dazu auf, die Milliarden der Agrarsubventionen an jene Betriebe zu geben, die gesellschaftliche Leistungen erbringen. Weg von den pauschalen Direktzahlungen und hin zu einer Finanzierung von Klimaschutz, Biodiversität und Tierwohl. Während Klöckner von einem „Systemwechsel“ spricht, lässt die von ihr mitgestaltete Förderperiode der Gemeinsamen europäischen Agrarpolitik in puncto Klimaschutz deutlich zu wünschen übrig und liegt weit hinter dem, was nötig wäre. Erst vor wenigen Wochen bescheinigte der EU-Rechnungshof, dass die europäischen Agrarsubventionen bis jetzt keinen wirklichen Beitrag zum Klimaschutz geleistet haben. Und das, obwohl 40% der EU-Direktzahlungen als Klimaschutz-Geld deklariert sind. Das muss sich ändern!

Was ebenfalls nicht angegangen wurde, ist das Thema Soja-Importe. Die EU hat sich die fragwürdige Silbermedaille verdient, am zweitmeisten zu den Entwaldungen in Südamerika beizutragen. Innerhalb der EU liegt Deutschland dabei übrigens auf Platz 1. Riesige Flächen Regenwald und der Cerrados werden abgeholzt und niedergebrannt, um dort Soja anzubauen. Das bedeutet Menschenrechtsverletzungen, Gentechnik und Konzernabhängigkeiten. Und einen immensen Schaden fürs Klima und ganze Ökosysteme. Wie praktisch, dass die damit verbundenen Emissionen nicht der deutschen Landwirtschaft angerechnet werden! Dann sähe deren Klimabilanz nämlich ganz anders aus. Die soziale und ökologische Problematik würde durch das Freihandels-Abkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten noch verschärft werden. Bäuerinnen und Bauern diesseits und jenseits des Atlantiks sagen deswegen „Nein!“ zum EU-Mercosur-Abkommen. Und wir fordern Julia Klöckner auf, sich dafür einzusetzen, dass das EU-Mercosur-Abkommen gestoppt wird. Wir fordern ein Verbot von Soja-Importen, welche Regenwaldabholzungen und Menschenrechtsverletzungen verantworten. Stattdessen setzen wir auf heimischen Eiweißfutterbau – das ist gut fürs Klima und auch für unsere Böden.

50 Grad heiße Temperaturen in Kanada, mit hunderten Todesopfern. Tausende drohende Hungertote in Madagaskar auf Grund von Dürren. Machen wir uns nichts vor: Diese Katastrophe werden nicht die letzten gewesen sein. Und auch hier bei uns sind die Folgen der Klimakrise spürbar, wenn auch nicht so extrem. Die letzten drei Jahre waren geprägt von Dürren mit dramatischen Folgen für die Höfe. Die Ernten waren geringer, Bäuer:innen konnten nicht mehr genug Futter für ihre Tiere bergen. Und dieses Jahr spielt das Wetter verrückt, uns allen stecken die Bilder der letzten Tage noch in den Knochen. Massiver Regen zerstörte Häuser und Ernten, Menschen starben. Die Klimakrise ist da, und die Bäuerinnen und Bauern sind auch in Deutschland massiv davon betroffen. Wer ihnen bei diesen Herausforderungen nicht hilft, ist Julia Klöckner. Sie will der Klimakrise mit Gentechnik und Digitalisierung begegnen – und hofft auf Konzernideen von Bayer & Co. Da sagen wir: „Nein!“. Was wir brauchen ist eine Förderung von wirklichen Klimaschutzmaßnahmen, wie einer flächengebundenen Tierhaltung mit fairen Erzeuger:innen-Preisen, weite und vielfältige Fruchtfolgen, regionaler Futterbau, Weidehaltung, Humusaufbau, Agroforst, und vielem mehr.

Wir sind bereit für Klimaschutz, Frau Klöckner hat uns in ihrer Amtszeit als Bundeslandwirtschaftsministerin dabei nicht genug unterstützt.